

Antrag 505/I/2025**Jusos Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Verträge einhalten, Realitäten anerkennen: Für die Einführung einer solidarischen Ausbildungsplatzumlage in Berlin**

1 Im Koalitionsvertrag der schwarz-roten Koalition in Ber-
2 lin wurde festgeschrieben, dass bis zum 30. April 2025
3 2000 zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze geschaf-
4 fen werden sollen. Wenn dieses Ziel verfehlt wird, soll –
5 laut Koalitionsvertrag – „vor der Sommerpause 2025 ein
6 parlamentarisches Verfahren für eine gesetzliche Rege-
7 lung zur Einführung einer Ausbildungsplatzumlage abge-
8 schlossen“ werden.

9
10 Um dieses zusätzliche Ziel zu erreichen, wurde das Bünd-
11 nis für Ausbildung ins Leben gerufen. Jedoch bilden in
12 Berlin immer noch viel zu wenige Unternehmen aus (nur
13 11,1% der Unternehmen), die Anzahl der Ausbildungsplätze
14 ist weit unter dem Bundesdurchschnitt. Eine solidarische
15 Ausbildungsumlage schafft Anreize, damit mehr Betrie-
16 be Ausbildungsplätze anbieten, indem Ausbildungsplätze
17 belohnt werden.

18
19 ***Das Bündnis für Ausbildung hat diese Zielmarke bereits***
20 ***nach hinten geschoben, sodass die Zeitschiene für die Ziel-***
21 ***marke von 2000 neuen betrieblichen Ausbildungsplätzen***
22 ***auf Ende 2025 und der Beschluss einer gesetzlichen Ausbil-***
23 ***dungsumlage auf spätestens Juni 2026 verlegt wurde.***

24
25 Allerdings wird die Umsetzung der Ausbildungsplatzum-
26 lage von Teilen der Bündnisteilnehmer*innen sowie vom
27 Regierenden Bürgermeister zunehmend öffentlich in Fra-
28 ge gestellt. So nannte der IHK-Präsident am 23. Mai die
29 Forderung nach einer Ausbildungsumlage „das falsche Si-
30 gnal“.

31
32 Wir unterstützen daher nachdrücklich die Forderungen
33 des DGB Berlin-Brandenburg zur Einführung einer Ausbil-
34 dungsumlage und fordern den Senat und die SPD-Fraktion
35 im Abgeordnetenhaus auf, die gesetzliche Einführung ei-
36 ner umfassenden Ausbildungsplatzumlage in Berlin in
37 dieser Legislatur zu realisieren, wie im Koalitionsvertrag
38 festgeschrieben.